

Im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes

Die deutsche Botschaft in Moskau von 1939 bis 1941

Otto Wenzel

In der Ausgabe 23/2008 der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat ist eine Darstellung des Verfassers über die Deutsche Botschaft Moskau in den Jahren 1936 bis 1938 erschienen. Im Folgenden wird untersucht, wie sich der Hitler-Stalin-Pakt auf die Berichte des Botschafters und die Weisungen des Auswärtigen Amtes auswirkte.¹

Die gläubigen Anhänger der beiden totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts, des sowjetischen Kommunismus und des deutschen Nationalsozialismus, trauten ihren Augen nicht, als sie am 24. August 1939 in ihrer Zeitung lasen, daß ihre Regierung mit ihrem ideologischen Todfeind einen Nichtangriffspakt geschlossen hat, der als Hitler-Stalin-Pakt in die Geschichte eingehen sollte, und das Foto sahen, das den zufrieden dreinblickenden Stalin und Molotow an der Seite des Reichsaußenministers von Ribbentrop zeigte. Drei Wochen später erfuhren sie, daß die Wehrmacht und die Rote Armee als Waffenbrüder dem polnischen Staat den Todesstoß versetzten. Dem Kaderegehorsam der gläubigen Kommunisten und Nationalsozialisten ist es zuzuschreiben, daß diese Ereignisse keine Erschütterungen auslösten.²

Die Stationen, die zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und zum Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 führten, werden in dem Buch *Der Pakt* von Ingeborg Fleischhauer³ minutiös dargestellt. Sie ist von dem Glauben an die friedlichen Absichten Stalins durchdrungen und geht so weit, mit der Furcht des Diktators „vor einem Krieg der imperialistischen Mächte gegen den Sowjetstaat [. . .] und einem deutschen Eroberungskrieg“ seine Innenpolitik und sein „Repressionssystem“ zu rechtfertigen.⁴ Damit liefert sie eine geschönte Umschreibung der fürchterlichen Säuberungen und des GULAG-Systems der Jahre 1936 bis 1938. Von der Friedfertigkeit Stalins war auch der deutsche Botschafter Friedrich Werner Graf von der Schulenburg überzeugt, der doch über die Schauprozesse der Jahre 1936, 1937 und 1938 dem Auswärtigen Amt (AA) kenntnisreich und objektiv berichtet hatte.⁵ Ihm kann man zugute halten, daß er ebenso wie der Botschaftsrat und spätere Ge-

1 Für diesen Beitrag wurden gedruckte Akten (ADAP) und ungedruckte Akten (PAAA) des Auswärtigen Amtes ausgewertet, die der Forschung seit Jahrzehnten zugänglich sind, aber unterschiedlich bewertet wurden. So stimmt der Verfasser mit den Thesen von Ingeborg Fleischhauer, die er ansonsten schätzt, in einer entscheidenden Frage nicht überein: der angeblichen Friedensliebe des sowjetischen Diktators Stalin und der Beurteilung der sowjetischen Politik.

2 Vgl. Fabry, Philipp W.: Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941. Stuttgart 1971, S. 155. Zu den Auswirkungen des Nichtangriffspakts auf die internationale Linke vgl. Bayerlein, Bernhard H.: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und Kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Berlin 2008.

3 Fleischhauer, Ingeborg: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939. Berlin/Frankfurt a. Main 1990.

4 Ebd., S. 419.

5 Wenzel, Otto: Diplomatische Fehlwahrnehmung. Stalins Schauprozesse in den Berichten der deutschen und amerikanischen Botschaften. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 23/2008, S. 78 ff. Die Fehlwahrnehmung bezog sich auf die geradezu blamablen Tagebuchauf-

sandte Werner von Tappelskirch, der Leiter der Wirtschaftsabteilung und Dolmetscher, Legationsrat und spätere Botschaftsrat Gustav Hilger, der Militärattaché Generalleutnant Ernst Köstring, Schulenburgs Persönlicher Referent Legationssekretär Hans von Herwarth und sein Nachfolger, Gesandtschaftsrat Gebhardt von Walther, Sympathien für das russische Volk empfand und in Gegnerschaft zum nationalsozialistischen System in Deutschland stand. Alle sechs setzten sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erhaltung des Friedens ein. Zu ihrer Entschuldigung kann man anführen, daß ihnen die Beschlüsse des Politbüros der KPdSU(B) und Stalins Schriftwechsel, die nach dem Untergang der Sowjetunion der Forschung zugänglich wurden, und Stalins Äußerungen im engsten Führungskreis, die der Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff in seinem Tagebuch festgehalten hat,⁶ nicht bekannt waren. Die Auswertung dieser Dokumente lassen Bogdan Musial in seinem Buch *Kampfplatz Deutschland*⁷ Stalins Absichten anders einschätzen als Ingeborg Fleischhauer.

Musial belegt, daß Stalin den Krieg wollte, einen „imperialistischen Krieg“, aus dem sich die Sowjetunion nach Möglichkeit heraushalten sollte, „um ihre Kräfte für das Endstadium des Krieges zu schonen und die geschwächten imperialistischen Länder anzugreifen“.⁸ Das Geheime Zusatzabkommen zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 sprach der Sowjetunion als „Interessensphären“ Polen östlich der Flüsse Narew, Weichsel und San und die baltischen Staaten außer Litauen,⁹ Finnland und Bessarabien zu. Außer Finnland, das seine Unabhängigkeit im Winterkrieg 1939/40 tapfer verteidigte, wurden diese Gebiete annektiert und sowjetisiert. Stalin sagte am 7. September 1939 in einer Besprechung im kleinsten Kreis (Molotow, Schdanow und Dimitroff): „[...] die Engländer und Franzosen wollten uns als Knechte und zudem nichts dafür bezahlen“.¹⁰ Hitler „bezahlte“ mit dem Hintergedanken, sich diese Gebiete später zurückzuholen.¹¹

Es war die Tragik Schulenburgs, daß er unermüdlich für das Zustandekommen des Hitler-Stalin-Paktes arbeitete (darunter in wichtigen Gesprächen mit Molotow), weil er glaubte, damit zur Erhaltung des Friedens beizutragen, während Hitler diesen Pakt benötigte, um freie Hand für den Angriff auf Polen zu haben, nachdem sich dieses einem gegen Rußland gerichteten Bündnis verweigert hatte. Hilger schrieb nach dem Krieg, daß der engere Kreis um Botschafter Schulenburg hoffte, „daß sich ein Nichtangriffs-

zeichnungen, Berichte und privaten Briefe des amerikanischen Botschafters Joseph E. Davies (ebd., S. 87 ff.).

6 Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1943. Berlin 2000.

7 Musial, Bogdan: *Kampfplatz Deutschland*. Stalins Kriegspläne gegen den Westen. Berlin 2008.

8 Ebd., S. 409. Ähnlich sieht es Gustav Hilger in seinem Buch: *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines Diplomaten*. Frankfurt a. Main/Berlin 1955, S. 292. Dort schreibt er, im August 1939 hätten Schulenburg und er die Erkenntnis gewonnen, „daß Stalin nichts sehnlicher wünsche als den Krieg, der die teilnehmenden Staaten schwächen und ihn instandsetzen würde, der Welt seinen Willen zu diktieren“. Diese Feststellung steht, soweit die Person Schulenburg davon betroffen ist, im Widerspruch zu dessen im Text wiedergegebenen Äußerungen, daß er an den Friedenswillen Stalins glaube.

9 Litauen wurde am 28. September 1939 der sowjetischen „Interessensphäre“ zugefügt. Im Gegenzug wurden an der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie Korrekturen zugunsten Deutschlands vorgenommen. Trotzdem verblieben noch 51,5 Prozent des polnischen Staatsgebiets in der sowjetischen Interessensphäre.

10 Vom 10. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen einer englisch-französischen Militärdelegation mit einer sowjetischen Delegation unter Leitung des Verteidigungskommissars Marschall Woroschilow statt. Ziel war der Abschluß eines Dreimächtebündnisses. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Westmächte keine polnische Zusage zu einem Durchmarschrecht der Roten Armee vorweisen konnten.

11 Musial: *Kampfplatz Deutschland*, S. 409 f.

pakt mit der Sowjetunion als ein Instrument des Friedens erweisen könnte“. Wie Schulenburgs Vetter Robert 1946 bezeugte, zeigte sich der Botschafter seinerzeit „überzeugt von Stalins unbedingter Friedensbereitschaft“.¹² Als der Krieg ausgebrochen war, hing er immer noch seinen Friedensillusionen nach. In einem privaten Brief schrieb er: „Ich hoffe immer noch, daß nach endgültiger Niederrichtung des polnischen Heeres allgemeiner Frieden gemacht wird. Es hat dann kaum noch einen Zweck für die Westmächte zu kämpfen.“¹³

Vorgeschichte des Paktes

Musial schreibt, daß die neuesten Funde in den russischen Archiven die deutsche Initiative beim Zustandekommen des Hitler-Stalin-Paktes bestätigen.¹⁴

Im Oktober 1938 vereinbarte Botschafter Schulenburg mit dem damaligen sowjetischen Außenkommissar Litwinow, daß sich Presse und Rundfunk in Zukunft direkter Angriffe gegen die beiderseitigen Staatsoberhäupter¹⁵ enthalten sollten. Hilger führt die Bereitschaft Stalins, eine solche Vereinbarung mit „Hitlerdeutschland“ einzugehen, darauf zurück, daß die Westmächte die Münchener Konferenz ohne die Sowjetunion abgehalten hatten. Hieraus habe er in seinem Mißtrauen den Schluß gezogen, daß die Westmächte nicht nur nicht die Absicht hätten, Hitler ernsthaft Widerstand zu leisten, sondern ihn gegebenenfalls unterstützen würden, wenn er den Entschluß fassen sollte, die Sowjetunion zu überfallen.¹⁶ Am 5. Oktober 1938 schrieb Tippelskirch dem Vortragenden Legationsrat Schliep, der im Auswärtigen Amt (AA) das Osteuropa-Referat leitete, er glaube, daß die Sowjetunion bestrebt sein werde, ihre militärische Kraft zu stärken und ihre Außenpolitik zu überprüfen. Seiner Ansicht nach böten die gegenwärtigen Umstände günstige Möglichkeiten für ein neues deutsches Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion.¹⁷

Von Hitler gingen schon im Januar 1939 wichtige Signale aus. Am 12. Januar 1939 hat er beim Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps den sowjetischen Botschafter besonders freundlich begrüßt und sich auffallend lange mit ihm unterhalten. In seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1939 verzichtete er erstmals auf Ausfälle gegen die Sowjetunion. Ursache dieses Kurswechsels war – neben der schon erwähnten Verweigerung Polens – Deutschlands Rohstoffbedarf, der die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, und die übrigen beteiligten Ressorts mit Nachdruck die Forderung erheben ließ, „noch einmal den Versuch zu machen, das Rußland-Geschäft, insbesondere soweit die Einfuhr russischer Rohstoffe in Frage steht, zu beleben“.¹⁸ Im AA sahen einflußreiche Beamte aus unterschiedlichen Motiven die

12 Fleischhauer, Ingeborg: Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“. Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941. Berlin 1991, S. 19, 23.

13 Ebd., S. 44

14 Musial: Kampfplatz Deutschland, S. 405.

15 Stalin gilt in diesem Zusammenhang als Staatsoberhaupt, obwohl er formal nur Sekretär (seit 1934 nicht mehr Generalsekretär) des ZK der KPdSU(B) war. Sein einziges Staatsamt war die Mitgliedschaft im Präsidium des Obersten Sowjets, dessen Vorsitzender, also sowjetischer Staatsoberhaupt, Kalinin war. Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, also Regierungschef, wurde er erst am 6. Mai 1941.

16 Hilger: Kreml, S. 274 f.

17 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP). 1918–1945. Serie D (1937–1945), Band IV. Oktober 1938 bis März 1939, Baden-Baden 1951, S. 529. Anfang 1938 wurde mit der Sowjetunion über ein neues Kreditabkommen mit einem Kreditrahmen von 200 Millionen Reichsmark verhandelt, um die deutschen Rohstoffbezüge aus Rußland steigern zu können. Die Verhandlungen kamen damals wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten zu keinem Ergebnis (ebd., S. 534).

18 Fleischhauer: Der Pakt, S. 64, 85 u. 411; ADAP IV, S. 534.

Vorteile eines „Drahtes nach Moskau“, mit dem der *Cordon sanitaire* durchsägt werden könnte.¹⁹

Ein Signal Stalins war seine Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) (10. bis 21. März 1939), in der er sagte, „daß der verdächtige Lärm, den die englische, französische und amerikanische Presse über die Ukrainefrage erhoben hätten, den Zweck verfolge, die Sowjetunion gegen Deutschland aufzuhetzen und einen Konflikt zu provozieren, für den keine sichtbaren Gründe vorhanden seien“.²⁰ Sein zweites Signal war die Ablösung des Außenkommissars Litwinow, der für eine Politik eintrat, die die Zusammenarbeit mit England und Frankreich favorisierte, durch den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Molotow.²¹

Von April bis August 1939 fand eine lange Kette von Sondierungen mit Vertretern der Sowjetregierung statt, von der Dienststelle Ribbentrop, dem Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker, der Wirtschaftspolitischen Abteilung des AA, dem Botschafter in Moskau und schließlich dem Reichsaußenminister persönlich. Primäres Ziel war die Verhinderung eines Dreimächteabkommens UdSSR/England/Frankreich, das Polen wirksame Hilfe gebracht hätte, sekundär das sowjetische Stillhalten im Moment des deutschen Polenfeldzuges.²²

Der deutsche Originaltext des Nichtangriffspaktes und des Geheimen Zusatzabkommens (je zwei Schreibmaschinenseiten) ist in dem Buch *Der Pakt* auf den Seiten 543 bis 546 abgedruckt. Orthographische Fehler und handschriftliche Korrekturen deuten darauf hin, daß diese Texte in höchster Eile angefertigt wurden. Vom Inhalt sollen hier nur Bestimmungen herausgegriffen werden, die Konfliktpotential enthielten, wie sich in den folgenden 22 Monaten herausstellen sollte. Der Artikel II untersagte die Unterstützung einer dritten Macht, die kriegerische Handlungen gegen einen der Vertragspartner ausübt. Im Artikel III verpflichteten sich beide Länder, künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander zu bleiben, um sich über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren. Dem Artikel VII sieht man an, daß wegen des bevorstehenden Angriffs auf Polen Eile geboten war. Der letzte Satz lautet: „Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.“ Unterzeichnet haben Ribbentrop für die Deutsche Reichsregierung und Molotow in Vollmacht der Regierung der UdSSR. Die Ratifizierung war dann nur noch eine Formsache. Der Oberste Sowjet der UdSSR nahm sie einstimmig vor, im nationalsozialistischen Deutschland gab es keine Ratifizierung durch den Reichstag.

Im Geheimen Zusatzprotokoll ist vom Fall einer „territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauern) gehörenden Gebieten“ (Ziffer 1), vom Fall einer „territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“ und von der „Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates“ (Ziffer 2) die Rede. Hinsichtlich Südosteuropas wird das Interesse der Sowjetunion an Bessarabien und das „völlig politische Desinteresse“ Deutschlands an diesem Gebiet erklärt (Ziffer 3).²³

19 Ebd., S. 123 f., 181.

20 Hilger: *Kreml*, S. 275.

21 Ebd., S. 275 f.

22 Fleischhauer: *Der Pakt*, S. 412.

23 Fleischhauer: *Der Pakt*, S. 543–546.

Freundschaft, Zusammenarbeit und Unstimmigkeiten

Staatssekretär Weizsäcker schickte am 23. August 1939 der Deutschen Botschaft in Moskau (gleichlautend an alle diplomatischen Vertretungen) die Weisung „Zur Information und Regelung der Sprache“, in der er den Vorwurf zurückwies, Deutschland habe durch den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion die Prinzipien des Antikominternpaktes aufgegeben. Er begründete das mit der unsinnigen Behauptung, den „hauptbeteiligten Mächten“ (Deutschland, Japan, Italien) sei „mehr und mehr [...] England als Hauptfeind aufgezwungen“ worden. Hinzu komme, „daß der russische Bolschewismus unter Stalin eine entscheidende Strukturwandlung erfahren“ habe, an die Stelle der Idee der Weltrevolution sei die Verknüpfung mit der national-russischen Idee und der Gesichtspunkt der Konsolidierung des Sowjetstaates auf seiner jetzigen territorialen und sozialen Grundlage getreten. In diesem Zusammenhang verwies der Staatssekretär auf die Verdrängung des Judentums aus führenden Stellungen (Sturz Litwinows). Die innerdeutsche Frontstellung gegen den Kommunismus bleibe völlig unberührt, was von den Sowjets bei den Besprechungen akzeptiert worden sei.²⁴

Der Umschwung in den Beziehungen zu den Russen war virulent. Schulenburg schrieb am 4. September 1939 seiner in Deutschland lebenden deutsch-russischen Lebensgefährtin Alla von Duberg: „Du kannst Dir nicht vorstellen, welcher ungeheurer Umschwung binnen 48 Stunden eingetreten ist: der ‚böse Feind‘ ist plötzlich zum guten Freunde geworden, und merkwürdigerweise ist alles darüber glücklich. Die alten Vorliebe der Russen für die Deutschen ist eben nicht totzukriegen.“²⁵ Hilger schreibt in seinen Erinnerungen: „An Stelle der bisher üblichen Ausfälle gegen den angeblich verhängnisvollen Einfluß, den Deutschland auf die Politik des zaristischen Rußlands ausgeübt habe, traten jetzt Betrachtungen über die wohlthätige Wirkung deutschen Geistes auf die kulturelle Entwicklung des russischen Volkes. Auch Bismarck und seine Politik sollten dem russischen Volk durch Veröffentlichung seiner ‚Gedanken und Erinnerungen‘ in russischer Übersetzung nahegebracht werden. Wagners Opern wurden im Moskauer ‚Bolschoi Theater‘ aufgeführt und erfreuten sich einer begeisterten Aufnahme. Die amtlichen deutschen Wehrmachtberichte wurden in allen Sowjetzeitungen an erster Stelle abgedruckt.“²⁶ Die kulturelle Öffnung stieß an ihre Grenzen, wo sie in die Nähe der Propaganda geriet. Der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) bat das AA am 23. Dezember 1939 um eine Stellungnahme zum Angebot der „Meshdunarodnaja Kniga“ an die Firma Koehler und Volckmar in Leipzig, sowjetische Zeitungen, Zeitschriften sowie anderes sowjetisches Schrifttum zu liefern. Er verwies auf den „Willen des Führers“, daß die beiden Weltanschauungen territorial und ideologisch getrennt bleiben sollen. Schulenburg schrieb am 13. Januar 1940 in seiner Stellungnahme für das AA, daß die Behandlung der Sowjetpropaganda in Deutschland ausschließlich nach innenpolitischen Gesichtspunkten erfolgen müsse. „Die Sowjetbehörden lassen hier eine deutsche Propaganda nicht zu.“²⁷

Freundschaftsbezeugungen wurden Botschafter Schulenburg selbst von Außenkommissar Molotow zuteil. Nach dem 17. September 1939, an dem die Rote Armee in Ostpolen einmarschiert war und alle polnischen Diplomaten unter Hausarrest gestellt wurden,

24 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA). Botschaft Moskau 484. Politische Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland. 1. Januar 1939 bis 31. August 1939, S. 69473 ff.

25 Fleischhauer: Der Pakt, S. 403.

26 Hilger: Kreml, S. 293.

27 PAAA. Botschaft Moskau 486. Politische Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland. 1. Januar 1940 bis 31. Dezember 1940, S. 357678, 357682.

setzte sich der deutsche Botschafter vehement dafür ein, daß sie mit ihren Familien freies Geleit zur Ausreise über Leningrad und Finnland nach England erhielten. Molotow willigte mit den Worten ein: „Wir haben ihn gern und können nicht nein zu ihm sagen.“²⁸

Die eingangs erwähnte Waffenbrüderschaft ließ auf sich warten. Schon am 3. September beauftragte Staatssekretär Weizsäcker den Botschafter Schulenburg, mit Außenkommissar Molotow zu besprechen, „ob es nicht von der Sowjetunion für geboten gehalten wird, daß russische Streitkräfte sich zu gegebener Zeit gegen polnische Streitkräfte in russischer Interessensphäre in Bewegung setzen und dieses Gebiet ihrerseits in Besitz nehmen“. Molotow antwortete am 5. September 1939, die Zeit sei hierfür noch nicht reif.²⁹ Am 10. September berichtete Schulenburg über eine Unterredung mit Molotow, in der dieser mitgeteilt hatte, die Sowjetregierung sei, weil Polen auseinanderfalle, genötigt, den von Deutschland „bedrohten“ Ukrainern und Weißrussen zu Hilfe zu kommen. Damit solle vermieden werden, daß die Sowjetunion als Angreifer erscheint. Für ihr Eingreifen benötige sie eine Vorbereitungszeit von zwei bis drei Wochen. Am 13. September erklärte Molotow, der Angriff könne schon früher erfolgen.³⁰ Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee in ihre Interessensphäre ein, nachdem die polnische Armee bereits geschlagen war. Musial schreibt, daß der „Überfall“ auf Polen trotzdem kein Spaziergang war. Wo polnische Verbände Widerstand leisteten, sah es mit der sowjetischen Kampfkraft teilweise katastrophal aus. Mißstände gab es bei der Artillerie, den Traktoren und bei den Eisenbahnruppen. „Bei Feuerüberfällen gerieten die vordringenden Truppen schnell in Panik.“ In diesem Gebiet lebten etwa 13,2 Millionen Menschen. Da der Anteil der Weißrussen und Ukrainer weniger als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Polens (etwa 28 Millionen) betrug, lebten in Ostpolen etwa 5 bis 6 Millionen Angehörige dieser Minderheit, die von der Roten Armee „befreit“ wurden. In Wirklichkeit begannen unmittelbar nach dem Einmarsch die sowjetischen Besatzer, „ihre Macht im Land zu etablieren und das Land mit Terror und Gewalt zu sowjetisieren“.³¹

Wie weit die militärische Zusammenarbeit des kriegführenden Deutschlands mit der „neutralen“ Sowjetunion ging, illustriert ein Schreiben Weizsäckers an Schulenburg vom 14. Oktober 1939. Darin führt er aus, daß bei den Besprechungen in Moskau die Sowjetunion den Wunsch auf gewisse Unterstützung der deutschen Kriegsmarine freundlich aufgenommen habe. Die erste Verwirklichung sei die Umwandlung des deutschen Motorschiffs „Iller“ in einen Hilfskreuzer in einem sowjetischen Hafen gewesen. Weitere Wünsche der Kriegsmarine seien:

- Ausrüstung von Kreuzern, U-Booten und Hilfskreuzern mit Treibstoff und Proviant in russischen Häfen. Die Munition werde aus Deutschland zugeführt.
- Instandsetzung von Kriegsschiffen unter Hinzuziehung russischer Werften.
- Ausrüstung und Entsendung von russischen Zufahrtsschiffen (Betriebsstoff und Proviant) für Kreuzer und U-Boote zur Verlängerung ihrer „See-Ausdauer“.³²

28 Fleischhauer: *Diplomatischer Widerstand*, S. 87. Die Verfasserin wertet Schulenburgs private Korrespondenz, die Befragung von Zeitzeugen und die freigegebenen sowjetischen Akten aus.

29 PAAA. *Botschaft Moskau 485. Politische Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland*. 1. Januar 1939 bis 31. Dezember 1939, S. 69855, 69848.

30 Ebd., S. 69811 f., 69806.

31 Musial: *Kampfplatz Deutschland*, S. 411 f.; Gross, Jan T.: *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*. Princeton 1988. Zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung wurden verhaftet, 1,05 Millionen Personen deportiert (S. 155, 195).

32 ADAP Band VIII. 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt a. Main 1961, S. 225 f.

Die militärische Zusammenarbeit hatte allerdings ihre Grenzen, wo die Gefahr bestand, daß militärische Geheimnisse in die Hände der Sowjets gelangten. Als Molotow am 13. April 1940 darum bat, zu prüfen, ob Deutschland in der Lage sei, magnetische Minen zu liefern, die benötigt würden, da England möglicherweise versuchen werde, ins Schwarze Meer einzudringen, entschied Ribbentrop, daß das wegen Eigenbedarfs nicht möglich sei.³³

Am 7. Mai 1940 unterrichtete Schulenburg gemäß Artikel III des Nichtangriffspaktes Molotow über den bevorstehenden Angriff auf Belgien und Holland, also drei Tage vor dem Beginn des großen Westfeldzuges. Der Außenkommissar entgegnete, die Sowjetregierung habe volles Verständnis dafür, daß Deutschland sich gegen einen englisch-französischen Angriff schützen müsse.³⁴

In Übereinstimmung mit Ziffer 2, Absatz 2 des Geheimen Zusatzabkommens ließen Stalin und Molotow den Botschafter am 25. September 1939 um 20 Uhr in den Kreml kommen. Stalin teilte ihm mit, bei der endgültigen Regelung der polnischen Frage müsse alles vermieden werden, was in Zukunft Reibungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion hervorrufen könnte. Unter diesem Gesichtspunkt erscheine ihm die Belassung eines selbständigen Restpolens abwegig. Die gesamte Wojwodschaft Lublin und der Teil der Wojwodschaft Warschau bis zum Bug sollten Deutschland zugeschlagen werden, das auf Litauen zu verzichten hätte. Bei einer Einigung würde er sich sofort an die Lösung des Problems der baltischen Staaten gemäß Protokoll vom 23. August 1939 machen.³⁵

Die Annexion der baltischen Staaten kündigte sich an. Ein erstes Signal in den Akten der Botschaft Moskau war ein Schreiben des Legationsrats Brücklmeier vom Büro des Reichsaußenministers vom 27. September 1939: Nach einer Information des estnischen Generalstabchefs haben die Sowjets einen Flottenstützpunkt und eine Flugbasis auf estnischen Inseln gefordert. Der Generalstabchef schlug seiner Regierung vor, auf diese Forderungen einzugehen, da eine deutsche Unterstützung wohl ausgeschlossen sei.³⁶

Ribbentrop erfuhr von Stalin während seines zweiten Moskau-Aufenthalts (27. September 1939) auf wiederholte Fragen, daß die Sowjetregierung von Estland die Zurverfügungstellung von Basen für Kriegsschiffe in den estnischen Häfen und auf den Inseln Dagö und Ösel sowie Basen für ihre Luftstreitkräfte gefordert habe. Zur Bewachung dieser Stützpunkte würde die Sowjetunion eine Infanteriedivision, eine Kavalleriebrigade, eine Panzerbrigade und eine Fliegerbrigade in Estland stationieren. Die estnische Regierung habe ihr Einverständnis erklärt. Lettland werde die Sowjetregierung die gleichen „Vorschläge“ machen. Sollte sich die lettische Regierung widersetzen, „würde die Sowjetarmee Lettland in kürzester Zeit ‚zusammenhauen‘“. ³⁷ Die Sowjetunion schloß Verträge über die Gewährung von Stützpunkten mit Estland am 28. September 1939 ab, mit Lettland am 5. Oktober 1939 und mit Litauen am 11. Oktober 1939.³⁸

Die persönliche Einstellung Schulenburgs zur Behandlung der baltischen Republiken

33 Schulenburg an AA vom 13. April 1940, Ribbentrop an Botschaft Moskau am 21. April 1940. In: Botschaft Moskau 486, S. 357724 ff.

34 Hilger: Kreml, S. 297 f.

35 PAAA. Botschaft Moskau 485, S. 254868 f.

36 PAAA. R 101388. Politische Angelegenheiten Rußland. 10. Juli 1939 bis 31. Dezember 1940, S. 334351.

37 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 75 f.

38 Myllyniemi, Seppo: Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes für die Baltischen Republiken und Finnland. In: Wegner, Bernd (Hrsg): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“. München/Zürich 1991, S. 75.

durch die Sowjetunion spiegelt die Überheblichkeit des Diplomaten einer Großmacht gegenüber kleinen Staaten wider. In der Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem lettischen Gesandten Kocins am 30. September 1939 hielt er als Antwort auf die Frage, was die Reichsregierung zum russischen Vorgehen sage, fest, „es sei wohl aller Welt klar gewesen, daß die Sowjetregierung die erste sich bietende Gelegenheit ergreifen würde, um den für eine Großmacht unerträglichen see-strategischen Zuständen im finnischen Meerbusen ein Ende zu machen“.³⁹ Am 31. Mai 1940 berichtete er dem AA, er habe Molotow auf die litauische Angelegenheit angesprochen. Der Außenkommissar habe erklärt, daß die von der Sowjetregierung gerügten Mißstände (angebliche Zwischenfälle mit sowjetischen Soldaten) unbedingt beseitigt werden müßten. Der Botschafter fragte, ob nach seiner Ansicht eine Regelung herbeigeführt werden könne. Als Antwort erhielt er die Äußerung, daß dies möglich sein würde, „sofern die litauische Regierung guten Willen zeige“.⁴⁰ Nach diesem Gespräch empfahl Schulenburg den Gesandten der baltischen Staaten, „es nicht zu einem militärischen Konflikt mit Moskau kommen zu lassen“.⁴¹ Am 18. Juni unterrichtete Molotow den Botschafter über das Vorgehen der Sowjetunion gegen die baltischen Staaten. Es sei notwendig gewesen, allen Intrigen ein Ende zu machen, mit denen England und Frankreich versucht hätten, Zwietracht zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu säen. Zu den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierungen habe die Sowjetregierung neben den dort akkreditierten Sowjetgesandten folgende Sondergesandte entsandt: nach Litauen den stellvertretenden Außenkommissar Dekanosow, nach Lettland den stellvertretenden Außenkommissar Wyschinski, nach Estland den Leningrader Parteichef, Politbüromitglied Schdanow.⁴²

Wie diese Funktionäre die drei Republiken sowjetisierten, erfahren wir in einem Schreiben des litauischen Gesandten Skirpa an Reichsaußenminister Ribbentrop vom 21. Juli 1940. Am 14. Juni 1940 richtete die Sowjetunion unter nichtigen und unbegründeten Vorwänden an Litauen ein Ultimatum, in dem verlangt wurde, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen, den Innenminister und den Chef der Staatssicherheitspolizei vor Gericht zu stellen und den Einmarsch der Roten Armee in unbegrenztem Umfang zu gewähren. Am nächsten Tag wurde dem Land von Dekanosow eine Scheinregierung aufgedrängt. Nachdem alle litauischen Vereine und Organisationen verboten, die Redakteure der Zeitungen abgesetzt und alle mehr oder weniger einflußreichen Persönlichkeiten verhaftet worden waren, fanden am 14. Juli 1940 Wahlen zum Seim statt, zu denen nur die Liste der Kommunisten zugelassen war. Am 21. Juli erklärte dieses Scheinparlament Litauen zur Sowjetrepublik und stellte an den Obersten Sowjet der UdSSR den Antrag, in die Sowjetunion aufgenommen zu werden. Nach diesem Schema lief die Sowjetisierung auch in Lettland und Estland ab. Die Erklärung zur Sowjetrepublik fand in allen drei Republiken am 21. Juli 1940 statt.⁴³ Am 12. August 1940 schrieb Schulenburg dem AA, Molotow habe ihn durch eine Note vom 11. August 1940 davon unterrichtet, daß Litauen, Lettland und Estland durch Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR in den Bestand der Union aufgenommen worden seien. Die Sowjetunion erwarte, daß die Deut-

39 PAAA. Botschaft Moskau 560. Politisches. 3. Oktober 1938 bis 23. August 1940, S. 178636 f.

40 PAAA. Moskau 491. Politische Beziehungen der Sowjetunion zu den Baltischen Staaten. 30. Mai 1940 bis 30. September 1940, S. 219526. Diese Akte enthält Durchschläge der oft sehr umfangreichen Berichte der deutschen Gesandtschaften in den baltischen Republiken, die in der Deutschen Botschaft Moskau zur Kenntnis genommen wurden. Der einzige Bericht aus der Feder Schulenburgs ist der oben zitierte.

41 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 165.

42 ADAP Band IX. 18. März bis 22. Juni 1940, Frankfurt/Main 1962, S. 495.

43 ADAP Band X. Juni bis August 1940. Frankfurt a. Main 1963, S. 218 f.

schen Gesandtschaften in Kowno, Riga und Reval bis zum 25. August 1940 liquidiert werden; die Konsulate müßten bis zum 1. September 1940 ebenfalls liquidiert werden.⁴⁴

Mit der „Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung der baltischen Republiken ins „Reich“ hat Hitler die jahrhundertelangen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, die das Deutschtum dort erbracht hat, zunichte gemacht. Am 28. September 1939 schrieb Staatssekretär Weizsäcker Botschafter Schulenburg, SS-Gruppenführer Heydrich habe mitgeteilt, der Führer und Reichskanzler habe angeordnet, daß die Rückführung der Volksdeutschen aus Estland und Lettland sofort in Angriff genommen werden solle. Die Zahl der Volksdeutschen in Estland wurde auf 16 000, in Lettland auf 70 000 geschätzt. Ein von Ribbentrop und Molotow am 28. September 1939 unterzeichnetes „Vertrauliches deutsch-sowjetisches Protokoll“ sah die Übersiedlung der Volksdeutschen vor, „sofern sie den Wunsch haben“.⁴⁵ Am 5. Oktober 1939 erging an Schulenburg die telegrafische Weisung, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß die Reichsregierung die Entsendung von Schiffen nach Riga, Libau, Windau, Pernau und Reval beabsichtige, um die Reichs- und Volksdeutschen gegebenenfalls abtransportieren zu können. Zur Durchführung der Massenausreise wurden die Gesandten in Riga und Reval beauftragt, eine Kommission zu bilden, der unter ihrem Vorsitz Vertreter der AO (Auslandsorganisation der NSDAP) und der Volksdeutschen Mittelstelle⁴⁶ bzw. der Volksgruppenführung angehören.⁴⁷ Schulenburg schrieb daraufhin am 11. Oktober Ribbentrop persönlich, der stellvertretende Außenkommissar Potemkin habe im Auftrag Stalins und Molotows das Erstaunen darüber ausgedrückt, daß eine panikartige Auswanderung anscheinend von der Deutschen Regierung gefördert werde. Zu einer Überstürzung dieser Angelegenheit bestehe keine Veranlassung. Ribbentrop bat daraufhin Schulenburg am 13. Oktober, Molotow zu erwidern, daß von einer panikartigen Abwanderung oder Flucht der Deutschen nicht gesprochen werden könne. Es bestehe jedoch die Notwendigkeit, aufgrund der vielen verlassenen Bauernhöfe, Kaufmannsläden und Handwerkerstellen die besetzten Gebiete mit Deutschen zu besiedeln. Durch diese Erklärung zeigte sich Molotow zu einem gewissen Grade beruhigt.⁴⁸

Schon bald kam es zu Unstimmigkeiten zwischen den Vertragspartnern vom 23. August 1939. Am 22. Dezember 1939 telegraphierte Schulenburg an das AA, der stellvertretende Außenkommissar Potemkin habe seine Proteste gegen die Versenkung bzw. Beschießung deutscher Dampfer im Finnischen Meerbusen durch sowjetische U-Boote zurückgewiesen. Die Dampfer „Helga Boege“, „Oliva“ und „Gillhausen“ seien offenbar von einem andern U-Boot angegriffen worden, da sich in dem fraglichen Gebiet kein sowjetisches U-Boot befunden habe. Der Dampfer „Bolheim“ sei versenkt worden, weil er sich in dem Gebiet befand, das als Gefahrenzone deklariert war. Von einer Beschießung des Dampfers „Alwine Ruß“ durch ein Flugzeug sei dem Kommando der Baltischen Flotte nichts bekannt.⁴⁹

Zur Vorgeschichte des sowjetisch-finnischen Winterkrieges (30. November 1939 bis 12. März 1940) ist ein Privatschreiben Schulenburgs vom 20. Oktober 1939 bemer-

44 Ebd., S. 383 f.

45 ADAP VIII, S. 125 f., 128.

46 Die Volksdeutsche Mittelstelle wurde 1936 im Auftrag Hitlers vom Stellvertreter des Führers, Heß, eingerichtet, um alle mit Fragen der Volksdeutschen befaßten Partei und Regierungsstellen unter einer gemeinsamen Oberleitung zusammenzufassen

47 ADAP VIII, S. 170 Anm. 2, 181.

48 Ebd., S. 208, 221 f.

49 Botschaft Moskau 485, S. 69586.

kenswert. Er schrieb, in Finnland herrsche wildeste Aufregung, man glaube, daß die Sowjetunion vor der Tür stehe. Diese Aufregung kommentierte er mit den Worten: „Ich glaube an alles das nicht!! Es sind eben böse Zeiten.“ Ingeborg Fleischhauer schreibt dazu, daß ihm die Forderungen der UdSSR (unter anderem Abtretung von Teilen der Karelichen Landenge, Verpachtung von Hanko als sowjetischer Stützpunkt,⁵⁰ Fernhalten fremder Mächte, einschließlich Schwedens, von den Aland-Inseln) erfüllbar erschienen. Die Deutsche Botschaft Moskau sei davon ausgegangen, „daß die Sowjetregierung eine Einwilligung Finnlands durch diplomatischen und politischen, nicht aber militärischen Druck erzwingen werde“.

In Erfüllung der Konsultationspflicht des Nichtangriffspakts setzte Molotow am 26. November 1939 Schulenburg über erste Anzeichen des bevorstehenden Konflikts mit Finnland in Kenntnis. Sowjetische Truppen seien unter „provokatorischen Beschuß“ geraten.⁵¹ Daß es zum „kriegerischen Konflikt“ kam, führt Ingeborg Fleischhauer auf die in Finnland dominierende antirussische Haltung zurück.⁵² Die finnischen Befürworter einer friedlichen Einigung mit der Sowjetunion konnten nicht wissen, daß die Republiken Estland, Lettland und Litauen, die die sowjetischen Forderungen angenommen hatten, im August 1940 als Sowjetrepubliken in die Sowjetunion eingegliedert werden würden. Am 2. Dezember 1939 wurde in Terijoki, der ersten von der Roten Armee eroberten finnischen Stadt, die „Finnische Demokratische Republik“ gegründet. Der Vorsitzende ihrer „Volksregierung“, der Komintern-Sekretär Kuusinen, schloß am 7. Dezember 1939 in Moskau mit der Sowjetregierung einen Beistands- und Freundschaftspakt.⁵³ Das ist ein Hinweis darauf, daß Stalins Ziel die Sowjetisierung des ganzen Landes war.

Als die finnische Regierung durch Vermittlung Schwedens die Sowjetregierung um friedliche Beilegung des Konflikts bat, wies Molotow die finnischen Verhandlungsvorschläge ab. Wie er Schulenburg mitteilte, habe die Sowjetregierung die „Finnische Volksregierung“ anerkannt und könne daher nicht mit der Regierung verhandeln, in deren Namen der schwedische Gesandte auftrete. Die Sowjetregierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Sowjetunion keinen Krieg mit Finnland führe.⁵⁴ Der finnische Delegierte beim Völkerbund, Holsti, richtete am 3. Dezember 1939 ein Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbunds, in dem er mitteilte, daß die Sowjetunion Finnland angegriffen habe. Am 5. Dezember 1939 bestritt Molotow, daß Holsti die rechtmäßige finnische Regierung vertrete. Die Sowjetunion sei nicht in der Lage, an irgendwelchen Beratungen des Völkerbunds teilzunehmen, die Holstis Appell zum Gegenstand hätten. Die Beratungen fanden dennoch statt. Am 14. Dezember 1939 wurde die sowjetische Aktion gegen Finnland von den Mitgliedern des Völkerbunds verurteilt. Zudem wurden die Mitglieder zu materieller und humanitärer Hilfeleistung aufgefordert. Der Völkerbundsrat schloß am selben Tag die Sowjetunion aus dem Völkerbund aus.⁵⁵ Dieser Vorgang wird hier so ausführlich dargestellt, weil hierbei die Sowjetregierung vor aller Welt ihre aggressive und verlogene Politik offenbarte.

Es ist deshalb bedauerlich, daß Ingrid Fleischhauer in ihrem Buch *Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“* diesen Vorgang völlig entstellt. Sie

50 Myllyniemi: Baltische Republiken und Finnland, S. 80.

51 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 128 f.

52 Ebd., S. 123 f.

53 Die Unterzeichnung fand in Moskau im Beisein von Schdanow, Woroschilow, Molotow und Stalin statt. Dyke, Carl van: The Soviet Invasion of Finland 1939–40. London 1997, S. 57 ff.

54 ADAP VIII, S. 381 f.

55 Ebd., S. 377 (Anmerkung der Herausgeber).

schreibt: „Die militärischen Planungen setzten auf sowjetischer Seite sehr spät und in größter Anspannung [...] erst dann ein, als die finnische Regierung die sowjetische Forderung nach Anerkennung der Regierung Kuusinen und [der] Abtretung Kareliens zurückwies.“⁵⁶ In einer Fußnote ergänzt sie: „Die überstürzte Verlegenheitslösung der Karelo-Finnischen SSR unter Kuusinen und Andropow verfehlte ihr Ziel einer in Grenzen vertretbaren Legitimation und wurde später fallengelassen.“⁵⁷ Die Karelo-Finnische SSR mit Kuusinen als Regierungschef wurde erst nach dem Winterkrieg gegründet. Im Gegensatz zu ihr hatte die jetzt sang- und klanglos fallengelassene Finnische Demokratische Republik die Zuständigkeit für ganz Finnland beansprucht. Die Karelo-Finnische SSR wurde 1956 als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik eingegliedert.⁵⁸ Kuusinen wurde 1957 Sekretär des ZK und Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU. Wie sehr sich Deutschland während des Winterkrieges zum Büttel der Sowjetregierung machte, belegt eine Weisung von Staatssekretär Weizsäcker an die Botschaft Moskau vom 6. Dezember 1939, wonach in Gesprächen die sowjetische Haltung im „finnisch-sowjetischen Konflikt“ mit Sympathie betrachtet und die Verantwortlichkeit Großbritanniens hervorgehoben werden solle.⁵⁹ Botschafter Schulenburg befürwortete am 9. Dezember 1939 in einem Telegramm an den Staatssekretär, daß im Bottnischen Meerbusen sowjetische U-Boote durch deutsche Schiffe versorgt werden.⁶⁰ Am 5. März 1940 gratulierte Schulenburg Molotow zu den militärischen Leistungen der Roten Armee nach deren Offensive.⁶¹

Während des Winterkrieges wurde in der westlichen Presse berichtet, daß Deutschland Kriegsmaterial an Finnland geliefert habe und Lieferungen Dritter über Deutschland erfolgten. Außenminister Ribbentrop „widerlegte“ diese Meldungen am 10. Dezember 1939 in einem Schreiben an die Botschaft Moskau mit einer DNB-Meldung, in der diese Berichterstattung als „frei erfunden“ bezeichnet wurde.⁶² Aus einer Information des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des AA, Ministerialdirektor Wiehl, vom 10. Januar 1940 geht hervor, daß drei Wagen mit italienischer Flugzeugmunition in den ersten Dezembertagen versehentlich durch Deutschland nach Finnland gelangten. Acht ungarische und sechs italienische Wagen wurden zurückgeschickt.⁶³ Am 14. März 1940 berichtete Schulenburg, der den Krieg als „Konflikt“ bezeichnete, dem AA, die Einsetzung der sogenannten Volksregierung Kuusinen und der mit ihr geschlossene sogenannte Beistandspakt hätten sich als völliger Fehlschlag erwiesen. Wörtlich schrieb er: „Da diese Versuche sich auf der weltrevolutionären Linie bewegten, ist ihr Fehlschlagen von uns aus nur zu begrüßen. Ferner war die Sowjetregierung sich darüber klar, daß der finnisch-sowjetische Konflikt bei längerer Dauer immer stärker die Gefahr eines Eingreifens Englands und Frankreichs gegen die Sowjetunion bedeutete, unter gleichzeitiger Einbeziehung Schwedens und Norwegens in den Konflikt.“⁶⁴

Über Mißstimmung in der sowjetischen Bevölkerung erfahren wir in einem Schreiben

56 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 129.

57 Ebd., S. 381, Anm. 76.

58 Dyke: The Soviet Invasion, S. 189; Brockhaus Enzyklopädie Band 9, Wiesbaden 1970, S. 756.

59 ADAP VIII, S. 388.

60 Ebd., S. 398.

61 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 138. Bis dahin waren die militärischen Leistungen der Roten Armee blamabel. Dazu ausführlich Dyke: The Soviet Invasion.

62 PAAA. Botschaft Moskau 484, S. 69623. Das DNB (Deutsches Nachrichten-Büro) war das offizielle staatliche Nachrichtenbüro.

63 Botschaft Moskau 486, S. 357672.

64 PAAA. R 101388, S. 334451, 334456.

Schulenburgs an Weizsäcker vom 10. Januar 1940. Die Botschaft habe von einer seit langem nicht mehr so schlechten Versorgungslage, von Briefen mit ungünstigen Nachrichten von der finnischen Front und von fehlender oder unzureichender Unterstützung der Soldatenfamilien erfahren. Am 11. April 1940 berichtete der Botschafter dem Staatssekretär, daß alle Preise erhöht worden seien, Lebensmittel bis zu 40 Prozent. In der Provinz sei die Versorgung vielfach völlig unzureichend. Am selben Tag schrieb Schulenburg, daß in den Beziehungen zur Sowjetunion seit einiger Zeit ein deutlicher Umschwung zu Deutschlands Ungunsten eingetreten sei. Er vermutete, daß die Sowjetregierung befürchte, durch Engländer und Franzosen zu einem großen Krieg gezwungen zu werden. Seit der Besetzung Dänemarks und Norwegens durch deutsche Truppen sei die Sowjetregierung total umgeschwenkt Getreide- und Petroleumlieferungen seien sofort abgestellt worden.⁶⁵

Offensichtlich war die Sowjetregierung durch die unerwarteten deutschen militärischen Erfolge in Frankreich so beunruhigt, daß sie beschloß, die Annexion der baltischen Staaten und Bessarabiens zu beschleunigen. Dabei hat sie auch die Bukowina annektiert, obwohl diese im Geheimen Zusatzprotokoll nicht erwähnt war und niemals zu Rußland gehört hatte. Schulenburgs Protest beantwortete Molotow mit der süffisanten Bemerkung, falls die Sowjetunion eines Tages auch Interesse an der Annexion der Südbukowina haben sollte, werde sie von der deutschen Seite eine Unterstützung in dieser Angelegenheit erwarten.⁶⁶ (Schulenburg empfahl dem AA am 14. September 1940, der Sowjetunion in der Südbukowina-Frage entgegenzukommen.)⁶⁷ Die Sowjetregierung warf dagegen Deutschland eine Verletzung der Konsultationspflicht durch den deutsch-italienischen Schiedsspruch im ungarisch-rumänischen Grenzstreit und die Entsendung von Truppenverbänden nach Rumänien (angeblich soll es sich um „Lehrformationen“ gehandelt haben) vor. Außerdem sei Deutschland mit seinen im Wirtschaftsvertrag vom 11. Februar 1940 vorgesehenen Lieferungen in Verzug geraten.⁶⁸

Weitere Unstimmigkeiten gab es bezüglich des Suwalki-Zipfels im südwestlichen Teil Litauens, der am 23. September 1939 dem deutschen Interessengebiet zugeordnet worden war, aber im Juni/Juli 1940 zusammen mit dem übrigen Staatsgebiet von der Roten Armee besetzt und Sowjet-Litauen angeschlossen wurde. Schulenburg forderte die Rückgabe an Deutschland, was die Sowjetregierung als unbequem und schwierig bezeichnete. Nach längeren Verhandlungen verpflichtete sich die Sowjetregierung zur Zahlung von 31,5 Millionen Dollar in Gold oder in Lieferungen.⁶⁹ Die Sowjetregierung widersetzte sich auch der Rückgabe der Freihafenzone der Stadt Memel, die im deutsch-litauischen Vertrag vom 22. März 1939 Litauen zugesprochen worden war, weil Litauen keinen eigenen Hafen hatte. Nach Auffassung der deutschen Regierung bestand jetzt kein Bedarf mehr, weil die Sowjetunion über zahlreiche Häfen an der Ostseeküste verfügte. Die Sowjetregierung argumentierte jedoch, wie Schulenburg am 30. August 1940 in einem Telegramm an das AA mitteilte, als ob Sowjet-Litauen nicht zur Sowjetunion gehörte und beharrte auf Beibehaltung des Freihafens.⁷⁰

Ribbentrop merkte, daß er von den Sowjets überrumpelt worden war. Am 3. September 1940 beauftragte er Schulenburg, noch einmal Molotow aufzusuchen und ihm vorzu-

65 Botschaft Moskau 560, S. 178592, 178619, 178611 ff.

66 Hilger: Kreml, S. 298 f.

67 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 212.

68 Hilger: Kreml, S. 300.

69 Ebd., S. 299; PAAA Botschaft Moskau 486, S. 357776 ff.

70 Ebd., S. 357796, 357784.

halten, daß die Sowjetregierung durch ihr Vorgehen in den baltischen Staaten und bei der Besetzung Bessarabiens und der Nordbukowina gegen die Konsultationspflicht des Nichtangriffspaktes verstoßen habe. Doch diese Verstöße geschahen auf beiden Seiten bei wichtigen Entscheidungen.

Auf Veranlassung Hitlers richtete Ribbentrop am 13. September 1940 ein 19-seitiges Schreiben an Stalin, in dem er die deutsche Außenpolitik nach Abschluß der deutsch-sowjetischen Verträge darstellte und Molotow nach Berlin einlud. Schulenburg überreichte es dem Außenkommissar, was ihm eine Zurechtweisung Ribbentrops einbrachte, der gewünscht hatte, daß es Stalin persönlich überreicht wird. Unter Bezugnahme auf den am 27. September 1940 in Berlin unterzeichneten „Berliner Vertrag“ (Dreimächtepakt Deutschland, Japan und Italien) betonte der Reichsaußenminister, daß dieser Vertrag, der der sowjetischen Botschaft in Berlin am Tag der Unterzeichnung avisiert worden war, in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet sei.⁷¹ Wörtlich schrieb er, „daß es auch nach der Auffassung des Führers die Aufgabe der vier Mächte, der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands, zu sein scheint, ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken“. Stalin antwortete am 21. Oktober 1940, Molotow werde zwischen dem 10. und 12. November 1940 nach Berlin kommen. Zu dem Wink mit dem Dreimächtepakt schrieb er zurückhaltend: „Was die gemeinsame Beratung einiger Fragen unter Beteiligung von Japan und Italien betrifft, so bin ich, ohne dieser Idee grundsätzlich abgeneigt zu sein, der Meinung, daß diese Frage einer vorherigen Prüfung unterworfen werden müßte.“⁷²

Schulenburg und Hilger begleiteten Molotow nach Berlin, wo sie am 12. November 1940 eintrafen. Der Botschafter hatte einen Entwurf eines Viermächtepaktes im Gepäck, den er mit Billigung Ribbentrops ausgearbeitet hatte. Dieses Dokument enthielt zwei geheime Zusatzprotokolle. Im ersten war die Aufteilung der außereuropäischen Interessensphären projektiert, das zweite regelte die Zusammenarbeit Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion im Hinblick auf die Türkei. Ingeborg Fleischhauer würdigt dieses Vorhaben mit den Worten: „Die Projektierung dieses Viermächteabkommens war der letzte großangelegte diplomatische Versuch einer friedlichen Neuordnung der Interessensphären in Mittel-, Mitteleuropa und Asien unter Einbeziehung der Sowjetunion in Anerkennung ihres nun bestehenden weltpolitischen Gewichts und ihrer historischgewachsenen Sicherheitsinteressen. Die gemäßigten Kräfte im Auswärtigen Amt fanden dieses Modell auf ihre Weise überzeugend.“

Schulenburgs Anwesenheit bei Molotows Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop war unerwünscht, er mußte sich durch den Dolmetscher Hilger informieren lassen. Nur zur abschließenden Besprechung mit Molotow zog Ribbentrop den Botschafter hinzu, an deren Ende der Viermächtepaktentwurf zur Sprache kam. Molotow bezeichnete die Idee als „grundsätzlich durchaus annehmbar“, stellte aber die Bedingung, daß „Rußland als Partner mitwirke und nicht nur Objekt sei“. Er forderte eine nähere Definition der Ziele und Zwecke des Paktes.⁷³

Hilger beschreibt Molotows zweites Gespräch mit Hitler, in dem „zwei Dinge klar in Er-

71 Schulenburg erhielt am 26. September 1940 Ribbentrops Weisung, Molotow mitzuteilen, daß in den nächsten Tagen ein Militärbündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan unterzeichnet werde, das in keiner Weise das Verhältnis jeder der drei Mächte zur Sowjetunion berühre (ADAP Band XI.1. 1. September bis 13. November 1940. Bonn 1964, S. 161).

72 PAAA. Botschaft Moskau 486, S. 357863, 357878 f., 357909 f.

73 Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 220, 225, 229, 232, 237. Die offiziellen deutschen

scheinung [traten]: Hitlers Absicht, die Sowjetunion in Richtung auf den Persischen Golf abzudrängen, und seine Abneigung, sowjetische Interessen in Europa anzuerkennen.“ In der abschließenden Unterredung mit Ribbentrop unterstrich der Außenkommissar „nicht nur erneut das Interesse der Sowjetunion am Balkan, sondern auch ihr Interesse an einer freien Durchfahrt aus der Ostsee“. Hitler leugnete bei dieser Gelegenheit die deutsche Militärpräsenz in Finnland, über die sich Molotow bei Schulenburg beschwert hatte.⁷⁴

Am 25. November 1940 übermittelte die Sowjetregierung der Reichsregierung durch Hilger ein Memorandum mit allen während des Molotow-Besuchs offengebliebenen Fragen, auf das keine Antwort erfolgte. Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die Weisung „Fall Barbarossa“.⁷⁵ Trotz dieser sich anbahnenden Eiszeit wurden die Wirtschaftsverhandlungen, die im Oktober wiederaufgenommen worden waren, erfolgreich fortgesetzt. Schwierig war, daß Deutschland seinen Lieferverpflichtungen nicht in vollem Umfang nachkommen konnte, da es wegen des Krieges erhöhten Eigenbedarf hatte. Aber die russischen Rohstoffe waren für Deutschland „lebensnotwendig“, wie der Beauftragte für den Vierjahresplan, Göring, am 1. April 1940 in einer Sitzung, an der mehrere Minister, Staatssekretäre und Ministerialdirektoren teilnahmen, betonte.⁷⁶ Am 10. Januar 1941 wurde in Moskau ein Vertrag unterzeichnet, in dem sich die Sowjetunion auf der Basis der Gegenseitigkeit zur Lieferung von Getreide, Rohöl u. a. m. verpflichtete und eine wesentliche Steigerung der Mengen zusagte.⁷⁷

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen wurden empfindlich gestört, als die Sowjetregierung in der Nacht vom 5. zum 6. April 1941 einen Nichtangriffspakt mit der neuen jugoslawischen Regierung abschloß. Ihre Vorgängerin war dem Dreimächtepakt beigetreten. Stalin wollte mit diesem Schritt „eine Ausweitung des Krieges auf den Balkan und damit eine Abwendung der unmittelbaren Gefahr von der Sowjetunion“.⁷⁸ Am 6. April 1941 erhielt Schulenburg von Ribbentrop die Weisung, Molotow mitzuteilen, daß die Reichsregierung in Griechenland und Jugoslawien zu einer militärischen Aktion geschritten sei, um eine erneute Festsetzung Englands auf dem Kontinent zu verhindern.⁷⁹ Man hätte erwarten müssen, daß das wütende Proteste der Sowjetregierung auslösen würde. Wie Weizsäcker am 8. April 1941 in einer Aufzeichnung festhielt, hat jedoch der sowjetische Botschafter Dekanosow in einem Gespräch keinerlei Kritik an Deutschlands Angriff auf Jugoslawien geübt.⁸⁰ Nach den überraschenden Erfolgen der deutschen Wehrmacht im Balkanfeldzug hat Stalin alles getan, Hitler bei guter Laune zu halten. Er erschien bei der Abreise des japanischen Außenministers auf dem Bahnhof und legte vor dem anwesenden Diplomatischen Korps Schulenburg die Hand auf die Schultern und forderte ihn auf, dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland und die Sowjetunion weiter Freunde bleiben. Mit den gleichen Worten wandte er sich an den stellvertretenden Militärattaché, Oberst Krebs.⁸¹ Stalins Verhalten gegenüber Schulenburg und der Abschluß des sowjetisch-japanischen Neutralitätspaktes am 13. April 1941 sind in diplomatischen Kreisen der

Unterredungsprotokolle der Gespräche Hitlers und Ribbentrops mit Molotow befinden sich in der Akte PAAA. Botschaft Moskau 562. Politisches. Dezember 1940, S. 177531 ff.

74 Hilger: Kreml, S. 302.

75 Ebd., S. 303; Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 258 ff.

76 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gramsch (Vierjahresplan) vom 1. April 1940. In: ADAP IX, S. 47.

77 Hilger: Kreml, S. 303; Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 277 ff.

78 Hilger: Kreml, S. 304.

79 ADAP Band XII.1. 1. Februar bis 5. April 1941. Göttingen 1969, S. 398.

80 ADAP Band XII.2. 6. April bis 22. Juni 1941. Göttingen 1969, S. 407.

81 Hilger: Kreml, S. 304 f.

sowjetischen Hauptstadt als Bereitschaft der Sowjetunion zur Zusammenarbeit mit der Achse ausgelegt worden.⁸²

Widerstand gegen Hitlers Krieg

Ein Diplomat der Deutschen Botschaft Moskau ging mit seinem Widerstand gegen Hitlers Krieg ein hohes Risiko ein: Er beging Landesverrat, indem er Diplomaten der Westmächte in konspirativen Gesprächen bat, ihren Regierungen die Zurückweisung von Hitlers außenpolitischen Forderungen zu empfehlen, da ihre Erfüllung zum Krieg führen würde. Dieser Diplomat war der Attaché und Beamte auf Probe Hans Herwarth von Bittenfeld, der im Jahre 1931 nach Moskau versetzt worden war. Zur Vorbereitung auf diesen Dienstposten hatte er Russisch gelernt und sich in Büchern und Zeitschriften über die damalige Sowjetunion informiert. Dort angekommen, suchte er Kontakt zu Russen aller Gesellschaftsschichten – soweit es das System zuließ – und zu jungen Diplomaten anderer Auslandsvertretungen. Da er im AA drei „Schutzengel“ hatte und in Wehrübungen den Rang eines Wachtmeisters der Reserve erworben hatte, wurde er als „Nichtarier“ nicht entlassen. Allerdings hat der Botschafter erst 1938 seine Ernennung zum Legationssekretär beantragt, weil er fürchtete, daß der „Stellvertreter des Führers“, der alle Ernennungen und Beförderungen von Beamten zu genehmigen hatte, die sofortige Entlassung anordnen würde. In Abstimmung mit einer kleinen Widerstandsgruppe im AA führte Herwarth, der als Persönlicher Referent des Botschafters Zugang zu allen vertraulichen Vorgängen hatte, ab August 1938 vertrauliche Gespräche mit englischen und französischen Diplomaten. Er bat sie, in den Berichten an ihre Regierungen die Notwendigkeit der Zurückweisung von Hitlers territorialen Forderungen (akut war damals die Sudetenkrise) zu betonen, weil diese längerfristig zum Krieg führen würden. Diese Berichte wurden abgeschickt, aber blieben folgenlos.⁸³ Ein französischer Diplomat schrieb 1976, Herwarth habe ihm damals gesagt, Hitler verfolge eine wahnwitzige Politik, die unweigerlich zum Weltkrieg führen werde. Er werde eine Weltkoalition gegen Deutschland auslösen, die Deutschen würden eine viel schlimmere Niederlage erleiden als 1918. Man müsse ihn aufhalten, solange es noch Zeit sei.⁸⁴

Über den Stand der deutsch-sowjetischen Gespräche, die zum Abschluß des Nichtangriffspaktes führen sollten, informierte Herwarth ab Mai 1939 seine Freunde in der britischen, französischen und amerikanischen Botschaft. Nicht Frankreich und England, sondern Hitler würde einen Vertrag mit der Sowjetunion schließen, denn nur er könne Stalin die baltischen Staaten schenken. Nur ein Bündnis Englands und Frankreichs mit der Sowjetunion würde Polens Unabhängigkeit garantieren und den Frieden retten.⁸⁵ Herwarth wußte, daß die Nazis ihn „wegen Hochverrats vor Gericht stellen würden“, wenn seine Tätigkeit in Moskau ans Licht käme. Er handelte auf eigene Faust, ohne Auftrag der Widerstandsgruppe im AA.⁸⁶ Auch Schulenburg hat er von seinen Aktionen nicht unterrichtet. Dieser hat sich, wo immer es möglich war, der verhängnisvollen

82 Schreiben des Gesandten Tippelskirch an das AA vom 15. April 1941 (ADAP XII.2, S. 470).

83 Herwarth, Hans von: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1951–1945. Frankfurt a. Main/Berlin 1985, S. 22, 25, 35 ff. Herwarth wurde 1939 auf eigenen Wunsch zur Wehrmacht eingezogen, brachte es dort bis zum Rittmeister der Reserve und wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Ab 1942 war er Adjutant des Generals der Freiwilligenverbände, General der Kavallerie Köstring. Im Diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland war er Botschafter in London und Rom, unter Bundespräsident Lübke Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes.

84 Ebd., S. 138 f.

85 Ebd., S. 174 ff.

86 Ebd., S. 178.

Politik Hitlers widersetzt. So suchte er während der Sudetenkrise Außenkommissar Litwinow auf, um ihn zur Androhung sowjetischer Gegenmaßnahmen zu veranlassen.⁸⁷

Ingeborg Fleischhauer schreibt in ihrem Büchlein *Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug*, daß die Deutsche Botschaft Moskau seit August 1940 von Hitlers Entschluß zu einem Krieg gegen die Sowjetunion wußte. „Sie hielt ihn für Wahnsinn, den Anfang vom Untergang Deutschlands.“ Auf verschiedenen Kanälen wurde Generalstabschef Halder,⁸⁸ Reichsmarschall Göring und Ribbentrop die Unhaltbarkeit dieses Entschlusses nachgewiesen.

Mitte April 1941 flog Schulenburg nach Deutschland, um zu versuchen, Hitler die Gefahren eines Feldzugs gegen die Sowjetunion vor Augen zu führen. Zu diesem Zweck nahm er aus der Botschaft ein Memorandum mit, das er zusammen mit Hilger und Köstring ausgearbeitet hatte, und leitete es über Botschafter Hewel⁸⁹ Hitler zu. Es „führte die Idee eines Blitzkrieges gegen die Sowjetunion ad absurdum und wies nach, daß selbst ein langer Krieg unter höchstem Einsatz von einer deutschen Angriffsarmee nicht zu gewinnen war“.⁹⁰

Nach langem Drängen wurde Schulenburg am 28. April 1941 zu Hitler vorgelassen. Er sagte ihm, Rußland sei sehr beunruhigt über die Gerüchte, die einen deutschen Angriff auf Rußland voraussagten. Stalin sei bereit, Deutschland noch weitergehende Konzessionen zu machen. Unter Wirtschaftlern sei bereits angedeutet worden, daß Rußland im nächsten Jahr bis 5 Millionen Tonnen Getreide liefern könnte. Schulenburg sah das erwähnte Memorandum auf Hitlers Tisch, konnte aber aus keinem Wort entnehmen, ob er es gelesen hatte. Bei der Verabschiedung bemerkte Hitler, daß er keinen Krieg gegen Rußland beabsichtige.⁹¹ Dazu sagte der Botschafter bei seiner Ankunft in Moskau zu

87 Fleischhauer, Ingeborg: *Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug*. Berlin 1987, S. 9 f.

88 Gesandtschaftsrat Walther fertigte mit Hilfe von Köstring am 10. Oktober 1940 eine Denkschrift gegen einen deutschen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, die über den Vertreter des AA beim Oberkommando des Heeres in die Hände des Generalstabchefs Halder gelangte. Vgl. Fleischhauer: *Diplomatischer Widerstand*, S. 218 ff; Gibbons, Robert: *Opposition gegen „Barbarossa“ im Herbst 1940*. Eine Denkschrift aus der Deutschen Botschaft Moskau. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. 23. Jahrgang 1975, S. 332 ff. Diese Denkschrift war eine brauchbare politische, wirtschaftliche und militärische Analyse der damaligen Sowjetunion. Allerdings enthielt sie einige Fehleinschätzungen. So wurden Persien und Afghanistan neben der Türkei als die großen Ziele der sowjetischen Außenpolitik bezeichnet. Das hätte Hitler gerne so gehabt, aber Stalins Ziele waren Mittel- und Südosteuropa.

89 Hewel war während des Krieges „Ständiger Beauftragter des Reichsaußenministers beim Führer“, zuletzt als Botschafter z. b. V. und SS-Brigadeführer. Hilger schreibt, daß er eine erfreuliche Ausnahme in Hitlers Umgebung war, weil er „nicht nur angenehme menschliche Eigenschaften besaß, sondern auch die Aufgeschlossenheit eines Mannes (hatte), der viel in der Welt herumgekommen war und in dieser Beziehung einen auffallenden Gegensatz zu Hitler bildete, dessen Engstirnigkeit er übrigens offen zu kritisieren pflegte“. Hewel verübte am 2. Mai 1945 Selbstmord. (*Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, Band 2, Paderborn u. a. 2005, S. 300 f.; Hilger: *Kreml*, S. 279).

90 Hilger: *Kreml*, S. 305; PAAA Botschafter Hewel: *Vorlagen beim Führer*. Januar 1940 bis April 1942. R 27487: „28. April. Aufzeichnungen Botschafters Schulenburg. 28.4.41. Hat dem Führer vorgelegen. Abgang Baron Steengracht.“, S. 66. Dr. Baron Steengracht von Moyland war Vortragender Legationsrat im Persönlichen Stab Ribbentrops. 1943 wurde er Nachfolger Weizsäckers als Staatssekretär des AA. Fleischhauer: *Widerstand Rußlandfeldzug*, S. 19. Für den zitierten Satz gibt sie keine Quelle an; Fleischhauer: *Diplomatischer Widerstand* schreibt, daß der Text des Memorandums nirgends ermittelt werden konnte (S. 403, Anm. 133).

91 Undatierte Aufzeichnung des Botschafters in Moskau z. Z. Berlin. Gespräch des Führers mit dem Botschafter Graf von der Schulenburg am 28.4.1941 von 17.15 bis 17.45 Uhr (ADAP XII.2, S. 555 f.); Hilger: *Kreml*, S. 305 f.

Hilger: „Die Würfel sind gefallen“. Auf Hitlers letzte Bemerkung angesprochen, erwiderte er: „Er hat mich eben mit Absicht angelogen.“⁹²

Am 7. Mai 1941 traf bei Hewel ein Schreiben ein, über das er den Satz eintrug: „Schreiben Schulenburgs. Deutsch-russischer Krieg! Wilde Gerüchte“ Er legte es am 15. Mai Hitler vor, von wo es an das Büro Ribbentrop abgegangen ist. Ingeborg Fleischhauer schreibt, daß Schulenburg in diesem Schreiben vor einem Angriffskrieg warnte, kann es aber nicht belegen.⁹³

Am 4. Februar 1941 teilte der Botschafter dem Staatssekretär mit, daß er und andere Mitglieder der Botschaft in dringendem dienstlichen Interesse mit Mitgliedern der mit England befreundeten Missionen (es handelte sich vor allem um die USA, China und Griechenland) verkehren müßten, um Nachrichten von der Gegenseite zu erhalten. Es bestehe die Gefahr, daß von Durchreisenden und Mitgliedern der deutschen Kolonie, die Anstoß daran nehmen, „Berichte“ darüber „weitergegeben“ werden, unausgesprochen dem SD, der Gestapo und der AO; was sich nachteilig für die Karriere der Betroffenen auswirken könnte. Er bat Weizsäcker, Ribbentrop und andere Stellen im AA von seinen Bedenken in Kenntnis zu setzen.⁹⁴

Am 12. Mai 1941 schrieb Schulenburg dem Leiter der Politischen Abteilung des AA, Unterstaatssekretär Woermann, dem Gerüchte über dessen Verhalten nach seiner Rückkehr nach Moskau zu Ohren gekommen waren: Er habe den Botschaftern und Gesandten, die ihn nach Neuigkeiten befragten, gesagt, daß nichts Außergewöhnliches vorliege. Hinsichtlich der Situation an der deutsch-sowjetischen Grenze habe er sich an die Sprachregelung gehalten, die den Wehrmachtattachés vom Oberkommando der Wehrmacht vorgeschrieben worden war. Im übrigen habe er keine Privatsachen in Kisten verpackt, und er sei nicht depressiv.⁹⁵

In Vorahnung eines deutsch-sowjetischen Krieges schrieb er am 7. Mai 1941 an Staatssekretär Weizsäcker, falls es „wider Erwarten“ zu einem „Konflikt“ kommen sollte, bitte er darum, Sorge zu tragen, daß die Angehörigen der Sowjetbotschaft, der Konsulate und der Handelsvertretungen in Deutschland möglichst entgegenkommend behandelt werden. „Jede Härte den Sowjetrussen gegenüber würden wir in stärkerem Maß zu spüren bekommen.“ In einer Nachschrift berichtete er, daß Moskau und Leningrad keine Verdunkelung vorbereitet hätten. Offenbar sei beschlossen, beide Städte im Ernstfall zu evakuieren und zur offenen Stadt zu erklären. Die Sowjetregierung habe „zweifellos“ irgendwo einen mit allen Schikanen ausgerüsteten Kriegssitz vorbereitet.⁹⁶

Als Oberst Krebs nach einer mehrwöchigen Reise in Hilgers Büro kam, sagte der ihm, daß es die Pflicht des Generalstabsoffiziers sei, Hitler darüber aufzuklären, daß der Krieg gegen die Sowjetunion das Ende Deutschlands sein könne. Der Angesprochene antwortete: „Das ist mir alles bekannt, aber Hitler gegenüber kann ich leider nichts davon geltend machen. Nachdem wir deutschen Generalstabsoffiziere ihn vor einem Feldzug gegen Frankreich gewarnt und die Maginotlinie als unüberwindliches Hindernis bezeichnet hatten, haben wir bei ihm nichts mehr zu melden und müssen den Mund halten, wenn wir nicht Kopf und Kragen verlieren wollen.“⁹⁷

92 Hilger: Kreml, S. 306.

93 Hewel: Vorlagen beim Führer, 7.5.41, Abgang an Büro RAM, S. 76; Fleischhauer: Diplomatischer Widerstand, S. 328.

94 Botschaft Moskau 561, S. 178792.

95 PAAA. Botschaft Moskau 561. Politisches. 9. September 1940 bis 14. Mai 1941, S. 178825 ff.

96 Ebd., S. 178818 ff.

97 Hilger: Kreml, S. 306 f.

Nach Stalins Rede bei einem Bankett für Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941 erhielt die deutsche Botschaft, wie Hilger in seinen Erinnerungen schreibt, die Information, daß er die Zuhörer offensichtlich auf die Notwendigkeit eines Kompromisses⁹⁸ mit Deutschland hingewiesen habe. Im Widerspruch dazu stünden Mitteilungen, die Hilger später während des Rußlandfeldzugs von drei in Gefangenschaft geratenen sowjetischen Offizieren erhalten habe, die an dem Bankett teilgenommen hatten. Demnach soll Stalin gesagt haben, „daß mit dieser Defensivlösung jetzt Schluß gemacht werden müsse. Die Rote Armee müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß die Ära der Friedenspolitik zu Ende und die Ära einer gewaltsamen Ausbreitung der sozialistischen Front angebrochen sei.“ Hilger hält diese Angaben für glaubhaft, weil sie unabhängig voneinander gemacht wurden. „Die Annahme liegt daher nahe, daß Stalin den ersten Bericht mit Absicht in die Hand der Botschaft spielen ließ, um dadurch Hitler einen Beweis seiner friedfertigen Einstellung zu liefern.“⁹⁹ Musial hat in den von ihm ausgewerteten Kreml-Akten das von einem Mitarbeiter des Verteidigungskommissariats angefertigte Stenogramm von Stalins Wortbeiträgen gefunden. Die obige Äußerung lautet wörtlich: „Bei der Verteidigung unseres Landes sind wir verpflichtet, offensiv vorzugehen. Von der Verteidigung zur Kriegspolitik der Angriffsoperationen. Wir müssen unsere Ausbildung, unsere Propaganda, Agitation, unsere Presse im Geiste des Angriffs umstellen. Die Rote Armee ist eine moderne Armee und eine moderne Armee ist eine Angriffsmarmee.“¹⁰⁰

Ein verzweifelter Versuch, den Frieden zu retten, war die Einladung des gerade in Moskau weilenden Berlin-Botschafters Dekanosow und des Leiters der Deutschland-Abteilung des Außenkommissariats, Pawlow, zu einem Frühstück am 5. Mai 1941 in die Residenz des Botschafters. Schulenburg und Hilger bemühten sich, die beiden Beamten zu einer diplomatischen Initiative zu überreden. Hitler sollten Verhandlungen angeboten werden, die ihn „wenigstens vorübergehend der Vorwände zu einer militärischen Aktion gegen die Sowjetunion berauben würden“. Doch alle Mühe war vergebens. Die sowjetischen Gesprächspartner wollten nicht glauben, daß die beiden Deutschen auf eigene Initiative handelten, und vermuteten daher ein Täuschungsmanöver Hitlers.¹⁰¹ Ingeborg Fleischhauer, die eine Kopie der Niederschrift von Pawlow mit handschriftlichen Korrekturen von Dekanosow besitzt, entnimmt ihr, daß sich Schulenburg bemühte, die Sowjetregierung vor dem deutschen Angriff – er nannte als Termin den 22. Juni 1941 – zu warnen und sie aufzufordern, geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zu welchen Maßnahmen die deutschen Diplomaten die Sowjetunion veranlassen wollten, sei ungeklärt. Sie meint, daß sich ein gezielter Präventivschlag auf das deutsche Aufmarschgebiet zu diesem Zeitpunkt geeignet hätte. Sie verweist auf die Vorlage, die Generalmajor Wassilewski, der stellvertretende Chef der operativen Verwaltung des Generalstabs, nach Erörterung mit Verteidigungskommissar Marschall Timoschenko Generalstabschef Schukow vorgelegt habe. Über Molotow sei sie Stalin zur Kenntnis gebracht worden. Die

98 Schulenburg schickte dem AA am 4. Juni 1941 eine Aufzeichnung des DNB-Vertreters Schüle, wonach Stalin gesagt haben soll, daß das sowjetische Kriegspotential dem deutschen noch nicht gewachsen sei. Unter den Zuhörern sei daher der Eindruck vorherrschend gewesen, daß es Stalin darauf angekommen sei, seine Gefolgschaft auf einen „neuen Kompromiß“ mit Deutschland vorzubereiten (ADAP XII.2, S. 802 f.).

99 Hilger: Kreml, S. 306 ff.

100 Musial: Kampfplatz Deutschland, S. 447. Einen ähnlichen Text zitiert Ingeborg Fleischhauer, ohne ihre Quelle anzugeben (S. 326).

101 Hilger: Kreml. S. 308.

Autorin behauptet, daß ein solcher Präventivschlag Schulenburgs Vorstellungen entsprochen hätte.¹⁰²

Am 13. Juni 1941 gab die Nachrichtenagentur TASS ein Kommuniké heraus, das wie eine diplomatische Note behandelt wurde. Außenkommissar Molotow überreichte es am 14. Juni 1941 Botschafter Schulenburg. Die Kernaussage war, daß Gerüchte über eine „Absicht Deutschlands, die Verträge zu brechen und einen Angriff gegen die Sowjetunion zu unternehmen, [...] völlig grundlos“ seien. Ingeborg Fleischhauer sieht in diesem Kommuniké die manifestierte Bereitschaft zu politischen Verhandlungen. Es sollte Hitler „jeden Vorwand zu einem Präventivschlag“ nehmen.¹⁰³

Am 21. Juni 1941 um 21.30 Uhr bat Molotow den Botschafter zu sich. Der sowjetische Botschafter in Berlin, Dekanosow, habe den Auftrag erhalten, wegen der wiederholten Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge beim Reichsaußenminister vorzusprechen. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß sich ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion vorbereite. Sie würden genährt durch die Tatsache, daß von deutscher Seite auf die TASS-Mitteilung vom 13. Juni in keiner Weise reagiert worden sei. Die Sowjetunion könne sich die Ursache der deutschen Unzufriedenheit nicht erklären. Schulenburg erwiderte, er könne die Frage nach den Gründen der gegenwärtigen Lage nicht beantworten, da ihm diesbezügliche Informationen fehlten. Er werde jedoch eine Mitteilung nach Berlin weitergeben.¹⁰⁴

Als Schulenburg in der Nacht zum 22. Juni 1941 Molotow den Inhalt des Telegramms mit der verlogenen Kriegserklärung¹⁰⁵ vortrug, sagte dieser am Schluß seiner von Entrüstung geprägten Antwort: „Das haben wir nicht verdient.“¹⁰⁶ Die Frage, ob die Sowjetunion wirklich das unschuldige Opfer war oder einen Angriffskrieg plante, allerdings nicht für das Jahr 1941, ist nicht Gegenstand dieses Aufsatzes.¹⁰⁷

Schlußbemerkung

Die führenden Männer der Deutschen Botschaft Moskau – Schulenburg, Tippelskirch, Köstring, Hilger, bis 1939 Herwarth, danach Walther – waren Gegner des nationalsozialistischen Regimes und suchten sich mit den Mitteln, die ihnen als weisungsgebundenen Beamten zur Verfügung standen, der Kriegspolitik Hitlers zu widersetzen. Dabei spielte sicher eine Rolle, daß Köstring und Hilger im zaristischen Rußland aufgewachsen waren und zu den russischen Menschen eine emotionale Bindung hatten. Ihre Tragik war, daß sie sich für das Zustandekommen des Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 mit Aufbietung aller Kräfte einsetzten,¹⁰⁸ weil sie glaubten, daß mit diesem der Frieden erhalten werden könne. Hitler wollte jedoch den Nichtangriffspakt, weil er ihm den Rücken frei-

102 Fleischhauer: *Diplomatischer Widerstand*, S. 320 f. Vgl. dazu Danilow, Walerij: Hat der Generalstab der Roten Armee einen Präventivschlag gegen Deutschland vorbereitet? In: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Heft 1/1993, S. 41 ff. Dort findet sich auch eine Karte mit den angenommenen deutschen und den sowjetischen Angriffszielen. Außerdem ist in Kopie der Kopf des Schreibens des Verteidigungskommissars Marschall Timoschenko und des Generalstabschefs Schukow an Stalin sowie die deutsche Übersetzung des ganzen Schreibens beigelegt.

103 Fleischhauer: *Diplomatischer Widerstand*, S. 336 f.

104 Telegramm Schulenburgs an das AA, 22. Juni 1941, 1.17 Uhr. (ADAP XII.2, S. 894).

105 „Die Reichsregierung habe sich angesichts der sich ständig steigenden Bedrohung des Reiches durch den massiven Aufmarsch der Roten Armee an unserer Grenze genötigt gesehen, diese Bedrohung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten“ (ADAP XII.2, S. 895).

106 Hilger: *Kreml*, S. 312 f.

107 Musial: *Kampfplatz Deutschland*, S. 451 ff.

108 Diese Aussage gilt nicht für Herwarth.

hielt für den Krieg gegen Polen. Für Stalin war der Nichtangriffspakt zusammen mit dem Geheimen Zusatzprotokoll der Schlüssel, der die Tür zum Zweiten Weltkrieg öffnete und der Sowjetunion große Territorialgewinne bescherte. Als der Pakt unterzeichnet war, hat die Deutsche Botschaft Moskau jedes Symptom, das die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu bestätigen schien, mit Genugtuung aufgenommen und im Laufe der folgenden Monate immer häufiger auftretende Unstimmigkeiten auszuräumen versucht. Schulenburgs Haltung zu den Vorgängen in den baltischen Staaten und in Finnland war Ausdruck der Überheblichkeit eines Großmachtsdiplomaten gegenüber kleinen Staaten. Von den Vorgängen bei der Eingliederung Ostpolens nach dem 17. September 1939 erfahren wir nichts im Schriftwechsel der Botschaft, Wichtiges jedoch in den „Mitteilungen zur Lage in der Sowjetunion“ des Chefs des Sicherheitshauptamtes, die sich im Aktenbestand des AA befinden. Die Berichte werteten die sowjetische Presse aus, hauptsächlich die *Prawda*, die *Iswestija* und die *Krasnaja Swesda*. Die Ausgabe Nr. 8/39 enthält einen Aufruf des Oberbefehlshabers der Ukrainischen Front, Marschall Timoschenko, der am 8. Mai 1940 Volkskommissar für Verteidigung wurde, an die Arbeiter und Bauern der Westukraine: „Erhebe Deine starke, schwielige Hand! Schlage mit Waffen, Sensen, Gabeln und Äxten Deine ewigen Feinde tot – die polnischen Pane [...].“¹⁰⁹ In der sowjetischen Presse wurde der Eindruck erweckt, daß die Bevölkerung dieser Gebiete aus Weißrussen und Ukrainern bestand, die den Einmarsch der Roten Armee begeistert begrüßten. Unter Leitung des weißrussischen Parteichefs Ponomarenko und des ukrainischen Parteichefs Chruschtschow wurde das von der Roten Armee eroberte Ostpolen sowjetisiert und am 1. bzw. 2. November 1939 in die Weißrussische bzw. Ukrainische SSR eingegliedert.¹¹⁰

109 Der Reichsführer SS. Der Chef des Sicherheitshauptamtes. Mitteilungen zur Lage in der Sowjetunion Nr. 8/39. R 101.391, S. 30.

110 Ebd., S. 16, 19 ff.